

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die hiesigen Verhältnisse  
Teilnahme für Angelegen aus nur und  
Umgebung 2.00 Mark, ansonsten  
Angelegen 2.00 Mark, Restante-Ver-  
gabe 10.00 Mark. Bei gelassenen Ab-  
nahmen entsprechende Rabatte.

Programm: Das neue Jahr  
eine neue monatlich 20.00 Mark.  
Angelegen nehmen die Anzeiger  
für Ansonsten die Anzeiger  
gegen. — Erstausgabe monatlich.  
Angelegen - Anzeiger Nr. 23.  
Angelegen: Tageblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 192

Freitag, den 18. August 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Die Münchner Verhandlungen über das Berliner Protokoll drohen zu einer Krise zu werden.

Staatssekretär Stiebler eröffnete gestern die erste Sitzung des Reichswehrrates mit einer Ansprache, in der er mitteilte, daß die deutsche Reichswehr genötigt sei, den Gütertarif am 1. September d. J. um 50 vom Hundert zu erhöhen.

Nach einer Sabotagemeldung verlautet, daß Marshall Foch und General Dégoutte ersucht wurden, sich nach Rambouillet zu begeben, um sich der Verfügung des Ministerrates zu halten.

Der österreichische Bundeskanzler ersuchte den Präsidenten des Völkerbundes, dafür zu sorgen, daß der Völkerbundsrat, und, wenn nötig, auch die Völkerbundsversammlung, sich bald mit der österreichischen Frage befassen.

Der Dollarkurs stand heute Vormittag in Berlin vorläufig auf 1180.

### Am Sterbebette des deutschen Volkes.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Rede, welche der deutsche Reichskanzler vor Vertretern ausländischer Zeitungen gehalten hat, magt wie der letzte Aufschrei eines zu Tode Gemarterten, der sich hilflos und machtlos unter der Folter seiner Qualen windet. Sie stellt gleichzeitig einen weithin hallenden Appell an das Weltgewissen, an die Humanität aller Völker dar, welche mit ansehen, wie ein ehrliches, arbeitstames und freies Volk von einer nach und nach habgierigen Politik systematisch zur Grunde geht. Die englischen Korrespondenten haben ihren Mätern berichtet, daß die Rede des Kanzlers einen tiefen Eindruck auf sie gemacht habe; und selbst uns, die wir mitten in der Wüste dieses Grauens leben, sagt ein Schauer beim Lesen der furchtbaren und selber nur zu wahreren Bilder, die der Kanzler gemalt hat. Weiter sind uns auch in dieser Hinsicht die Franzosen noch immer über. Kaum ein Tag vergeht, an dem Poincaré nicht über einer seiner Gezeiten das Elend Frankreichs in alle Welt hinausposaunt, an dem nicht die Welt mit französischen Lamentationen erfüllt würde über die Not der verwickelten Gebiete, über die 90 Millionen, welche Frankreich zu ihrem Wiederaufbau angeblickt von vorgeschoben, über deutsche Bedrohungen und deutsche Revanchepäne. Wir aber sind unter dem Druck unseres Elends nachgerade stumpf geworden und lassen uns über uns ergehen. Wir leiden ohne zu klagen, was zwar gewiß sehr heroisch ist, aber die Welt zu der Auffassung gebracht hat, daß man dem deutschen Volk nichts bieten dürfe. Und nur wenn der französische Ministerpräsident einmal wieder so offenkundige und in seine Sägen in die Welt hinaus schmeißt, raffen wir uns dazu auf, diesem Sägen die Maske vom Gesicht zu reißen und der Welt unser hypochondrisches Gesicht zu zeigen.

So herzbewegend die Klage des Kanzlers war, so wenig ist zu hoffen, daß die Darstellungen des Martriums des deutschen Volkes die französische Holzkammer rühren und sein Appell an die wirtschaftliche Vernunft Eindruck auf sie machen wird. Der französische Minister hat seinem Präsidenten keine volle Ehrlichkeit mit seiner Haltung in London ausgesprochen und damit die Stellung des französischen Vertreters in der Reparationskommission von neuem festgelegt. Gest hat die Reparationskommission das entscheidende Wort. Nachdem in London über Deutschlands Schicksal verhandelt worden ist und Poincaré dort um jeden Preis seinen Standpunkt durchdrücken wollte, daß Deutschland ein schuldhaftes Verfehlen zur Last zu setzen sei, ohne daß dem Ungeschuldigten auch nur ein Wort der Entgegnung vergönnt gewesen wäre. Hat die Reparationskommission jetzt die Gnade, auf Grund des Art. 234 des Friedensvertrages vor Eintritt in die Verhandlungen einem Vertreter der deutschen Regierung das Wort zu geben, um den deutschen Standpunkt bekannt zu machen für das Moratorium darzulegen. Also auch nicht etwa ein kontraktatorisches Verfahren, sondern nur vorher darf der deutsche Vertreter reden und nachher wird hinter verschlossenen Türen über Deutschland zu Gericht gesessen, ohne daß dem deutschen Vertreter die Möglichkeit gegeben wäre, die vielfach falschen und geldfahnen Darstellungen etwa zu korrigieren. Dabei ist unsere Stellung nach der gegenwärtigen Zusammensetzung der Reparationskommission schlechter

als vorher. Der amerikanische Vertreter ist, ohne daß wir dagegen protestiert hätten, ausgeschlossen. Von dem englischen und italienischen ist bekannt, daß sie unter der Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen für ein Moratorium an Deutschland eintreten; nicht weniger bekannt wird die gegnerische Stellung des Franzosen Dubois. So daß nunmehr sehr viel, wenn nicht alles von der Haltung des belgischen Vertreters abhängen wird. Der italienische Poincaré sucht nun der Welt weiß zu machen, daß es Unus in der Reparationskommission sei, daß bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden, hier also des französischen Vertreters, den Ausschlag gebe. Das ist aber eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, denn die Reparationskommission war bisher noch nie in der Verlegenheit, einen Beschluß durch Stimmenscheid des Vorsitzenden fassen zu müssen. Aber dieses Täuschungsmanöver hat durchaus in das Bild dieses verschlagenen Politikers, der eben um jeden Preis seine produktiven Pfänder haben will. Er scheut sich auch jetzt nicht, der Reparationskommission zu drohen und durch die Agence Havas offiziell verbreiten zu lassen, daß die französische Regierung ein trotz formellen Widerstandes des französischen Delegierten bedingungslos bewilligtes Moratorium nicht annehmen könne und unter Umständen ihre Handlungsfreiheit zurücknehmen, d. h. auf eigene Faust gegen Deutschland vorgehen und sich seine Pfänder selber holen würde.

Es hat keinen Sinn, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, was dann geschehen würde. Zwar weiß der Korrespondent des New York Herald in London zu melden, in englischen offiziellen Kreisen werde erklärt, ein Sondervergehen Frankreichs gegen Deutschland würde von der englischen Regierung als ein feindlicher Akt betrachtet werden und zu einem endgültigen Bruch der Entente führen. Um so schlimmer für uns! Denn es ist natürlich keinen Augenblick daran zu denken, daß England etwa um unwillkürlich sich ernstlich mit Frankreich verfeinden würde, wogegen Frankreich, nach einem endgültigen Bruch der Entente, freie Hand hätte, alle Minen gegen uns springen zu lassen. Die würden in erster Linie in der Erreichung der von Poincaré in London aufgestellten Forderungen bestehen, nämlich der 60prozentigen Beteiligung an der deutschen chemischen Industrie, der Errichtung von zwei Häfen am Ausgang der Ruhr, der Errichtung einer Zollschranke im Rheinland, der Einziehung der Steuern im besetzten Gebiet und der Ausbeutung der staatlichen Gruben im Ruhrgebiet und der deutschen Saatswälder. Von der Entscheidung der Reparationskommission wird es also abhängen, ob der Dollarkurs in einigen Tagen von seinem gestrigen Stand von 1050 auf noch einige hundert Mark mehr klettert oder nicht, und ob damit die sterbende Mark das Schicksal der österreichischen Krone teilt, an den Werten nicht mehr notiert zu werden. Darf man sich noch der Hoffnung hingeben, daß Frankreich, noch im letzten Augenblicke, ehe es zu spät ist, die furchtbare Sinnlosigkeit und Blindheit seiner Politik einsehen wird? Wenn nicht, dann würde Floh George recht behalten. Der angesichts der französischen Gewaltpolitik Deutschland der Gnade Gottes empfohlen hat.

### Neue Zuspitzung der bayrischen Krise.

#### Die Möglichkeit eines Rücktritts des Grafen Lerchenfeld.

Die Verhandlungen in München sind in ein Stadium getreten, das in politischen Kreisen zum mindesten als schlechende Krise betrachtet wird. Die Beratungen des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei endeten mit der Annahme einer Entschliebung folgenden Wortlautes:

Unter voller Anerkennung der Bemühungen der bayrischen Unterhändler muß der Landesausschuss sein Bedauern ausdrücken, daß durch das geringe Maß von Entgegenkommen durch die Reichsregierung die Beratungen vom 11. August 1922 nicht alles enthalten, was zur Sicherung und Wahrung der staatlichen Selbstständigkeit und der Hoheitsrechte unseres Landes verlangt werden muß. Der Landesausschuss bedauert, daß dieses Ziel noch nicht erreicht werden konnte, und hofft, daß es gelingt, die noch bestehenden Bedenken zu beseitigen. Der Landesausschuss hält es für selbstverständlich, daß bis dahin die Verordnung der bayrischen Regierung vom 24. Juli in Kraft bleibt, und daß der Kampf für eine baldige Aufhebung der Schutzgesetze, sowie für die Sicherung und Erweiterung der bayrischen Hoheitsrechte fortgeführt wird.

Der Wortlaut des Beschlusses des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei sagt:

Der Landesausschuss der Bayerischen Volkspartei erachtet die Berliner Vereinbarungen für durchaus unannehmbar. Er erwartet, daß die Beteiligung und Fraktion den Kampf gegen die Schutzgesetze auf das entschiedenste fortzuführen und insbesondere die bedrohten Hoheitsrechte Bayerns mit aller Entschiedenheit wahren werden.

Angesichts dieser Beschlüsse muß eine Verschärfung der Lage konstatiert werden, da sich beide Parteien für das Aufrechterhalten der bayerischen Verordnung, gegebenenfalls auch über den 18. August hinaus bis zur Beendigung der Verhandlungen ausgesprochen haben, die mit der Reichsregierung erneut geschlossen werden sollen. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei und der Volkspartei traten gestern im Landtag erneut zu Beratungen zusammen, um die Richtlinien für die neuen Verhandlungen festzusetzen. Da die Beschlüsse beider Parteien den Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld bis zu einem gewissen Grade desavouieren, glaubt man sogar mit der Möglichkeit rechnen zu müssen, daß Graf Lerchenfeld in der Sitzung des Ministerrates, die noch am Donnerstag stattfinden sollte oder Freitag stattfinden wird, seinen Rücktritt erklärt. Die interfraktionellen Besprechungen, die gestern Vormittag stattfanden und an denen auch der Ministerpräsident, sowie einzelne Minister teilnahmen, wurden gegen 1 Uhr mittag zunächst ohne Ergebnis abgebrochen. Sie wurden nachmittag fortgesetzt.

### Die bayrischen Forderungen bei Annahme des Berliner Protokolls.

Der Münchner Berichterstatter der D. V. P. erklärt aus Kreisen der Bayerischen Volkspartei, daß es keineswegs zu einer Ablehnung des Berliner Protokolls kommen dürfte. Die Vereinbarungen würden angenommen werden, jedoch wird man von der Reichsregierung Zusicherungen verlangen, welche über den vorliegenden Wortlaut des Einigungsprotokolls hinausgehen und die Reichsregierung in bindender Weise verpflichten, auf eine Aenderung der streitigen Teile der Schutzgesetze und des Reichsstriminalgesetzbuchs mit den ihr verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Mitteln hinzuwirken und die auch zuverlässige Garantien für die zukünftige Wahrung der Hoheitsrechte der Länder bieten.

### Die Berliner Auffassung über den bayrischen Konflikt.

Der bayrische Gesandte Dr. Preger hat gestern mittag dem Reichskanzler über die Lage in Bayern Bericht erstattet. Er hat dabei hervorgehoben, daß das Kabinett Lerchenfeld ernsthaft und aufrichtig bestrebt sei, das in Berlin vereinbarte Kompromiß für Annahme zu bringen. Die bayrische Regierung hoffe, daß es ihr gelingen werde, eine Mehrheit für das Berliner Abkommen zu finden. — In Berliner Regierungskreisen hofft man, daß es der bayrischen Regierung gelingt, die Bayerische Volkspartei und eine Mehrheit des Parlaments zur Annahme der Umwägungen zu bewegen. Man betont, daß bei einer Ablehnung Ministerpräsident Lerchenfeld nicht länger auf seinem Posten verbleiben könnte, und daß dadurch nicht nur die Lage im Reich erheblich verschärft, sondern vor allem in Bayern selbst eine neue politische Krise geschaffen werden würde.

### Die Angeklagten im Rathenau-Mordprozeß.

Der Oberreichsanwalt hat den Anträgen der Verteidiger auf Haftentlassung der wegen Beschäftigung in Untersuchung gezogenen Personen widersprochen. Die Anklageschrift wird voraussichtlich in der nächsten Woche den Angeklagten mit einwöchiger Erklärungsfrist zugestellt werden. Ueber den Lebenslauf des Hauptangeklagten Student Tschow erzählt die Dena folgendes: Tschow besuchte das Gymnasium, das er mit Reife der Obersekunda mit 18 Jahren verließ. Er wurde Seemann und besuchte die Marineschule; später machte er als Zeitfreiwilliger bei einem Infanterieregiment die Kämpfe gegen die Kommunisten in Ullrichsburg und Bremen mit. Er war dann auch bei dem Freikorps v. Denow-Borbeck. Nachher trat er in die Reichswehr ein und kam später zur Brigade Ehrhardt. Nachdem der Kapp-Zug geschleitet war, begann er an der Technischen Hochschule seine Studien. Er hat verschiedene nationalsozialistischen Organisationen angehört, und war bis kurz vor der Werdnagel Mitglied des Deutschsozialistischen Jugendbundes und des Deutschnationalen Jugendbundes. Tschow hat wiederholt Reisen in Deutschland gemacht, um die Stimmung im Lande zu erforschen. Die Dena zugewiesen hat, ist innerhalb der Organisation Tschow drei Monaten der Plan der Ermordung Rathenaus entwogen worden. Der Mitangeklagte Studenrauch soll

me...  
erklärt er,  
roße Rede,  
Hemen und  
ge gerührt.  
geld. Um  
abblenden.  
aber sie  
Witze.  
ngespazier-  
Uhr nach-  
endigung  
km auf.  
Infanterie  
Verlag:  
Kas.  
Aue  
3-4 Uhr  
Sch.  
Ber  
Jul 585.  
Logi.  
ter  
zwerz.  
engmacher  
Reiste  
vorhanden  
griffen em  
eblatt.  
stin,  
guter  
bschrift  
Tageblatt.  
abrit,  
etea  
rädlich.  
i. B.  
nd  
ft  
aufheft  
n Beist.  
etrag von  
erden sich  
die Be-  
ntes  
hen  
Stellung  
ste,  
21.